Rede von Steffen Dittes am 23.7.2021 (Plenarprotokoll 7/55)

Zukunft der Feuerwehren in Thüringen – Brand- und Katastrophenschutz gewährleisten

Zum Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2290

Herr Präsident, meine Damen und Herren, das Thema „Feuerwehr“, Herr Urbach, ist wirklich eines, was allen Innenpolitikern in diesem Haus besonders am Herzen liegt. Das versichern wir immer bei den Feuerwehrtagungen, auch hier bei den Diskussionen. Ich will es mal so sagen: In einigen Punkten Ihres Antrags greifen Sie Initiativen von Rot-Rot-Grün der letzten Jahre auf und verdoppeln oder multiplizieren hier einfach nur Finanzbeträge. Deswegen will ich mal zwei Dinge sagen, die möglicherweise schwer auszusprechen, möglicherweise auch schwer auszuhalten sind, wenn wir sie auf Landesebene diskutieren, aber zur Wahrheit dazugehören, und so ein bisschen im Bereich der Feuerwehr auch einordnen und die Herausforderungen darstellen.

Erstens: Brandschutz ist kommunale Pflichtaufgabe. Das heißt natürlich auch, dass die Kommunen als Erstes in der Pflicht sind, dafür die notwendigen Strukturen zu schaffen, die Aufgaben so zu organisieren, dass sie ihrer Pflichtaufgabe entsprechen. Es ist nicht Aufgabe des Landes, die Pflichtaufgaben von Kommunen zu übernehmen oder zu 100 Prozent zu finanzieren. Unsere Aufgabe des Landes ist es, die Kommunen insgesamt zur Bewältigung ihrer Aufgaben in allen Bereichen auskömmlich mit Finanzen auszustatten neben den kommunalen Einnahmen und natürlich auch für die Leistungsfähigkeit in den Kommunen zu sorgen. Dafür ist es natürlich notwendig, auf kommunaler Ebene über Strukturen zu reden, weil die Kommunen eine eigene Verantwortung haben, Leistungsfähigkeit herzustellen, und das heißt in erster Linie nicht, falls jetzt jemand aufschreien würde, sofort Gemeindegebietsreform. Das gehört möglicherweise dazu und viele machen sich auch freiwillig genau in dieser Erkenntnis auf den Weg. Das heißt dann beispielsweise, wo man auf kommunaler Ebene Probleme sieht, über die Zusammenschlüsse auch von Feuerwehren zur Aufgabenbewältigung nachzudenken. Ich glaube, da gibt es noch Nachholbedarfe. Das muss uns tatsächlich aber immer bewusst sein, Brandschutz ist kommunale Pflichtaufgabe, und wir haben die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Kommunen diese erfüllen können, aber wir haben nicht die Pflichtaufgabe als Land zu übernehmen.

Die zweite Gewissheit, die wir hier auch diskutieren müssen, ist: Wir haben ein System der freiwilligen Feuerwehr, und wir sind den über 34.000 Feuerwehrangehörigen in Thüringen sehr dankbar, dass sie nicht nur die Aufgabe des Brandschutzes, sondern auch des Katastrophenschutzes oder der Allgemeinen Hilfe übernehmen. Aber es ist und bleibt Ehrenamt und das muss allen Beteiligten bewusst sein. Deswegen: Im Wissen dessen, Herr Urbach, weil Sie nicken, sage ich ganz ehrlich, habe ich überhaupt kein Verständnis, dass Ihre Fraktion die jahrelange Diskussion zur Aufnahme des Schutzes und der Förderung des Ehrenamts in die Thüringen Verfassung

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

einfach beendet hat und diese wirklich elementare Forderung des Thüringer Feuerwehrverbandes nicht mit uns gemeinsam umgesetzt hat.

Der Hintergrund ist – Sie haben hier eine ganze Menge an Vorschlägen zur Ehrenamtsförderung unterbreitet –, dass wir doch diese Regelungen, die Sie hier vorschlagen, sehr viel intensiver, sehr viel rechtsverbindlicher hätten diskutieren können, wenn wir einerseits in der Verfassung das Staatsziel „Schutz und Förderung des Ehrenamts“ verankert haben und uns dann hier beispielsweise auch gemeinsam darüber Gedanken machen, wie wir durch ein Ehrenamtsfördergesetz Ehrenamt ausstatten und fördern. Ihr Fraktionsvorsitzender hat vorhin in der Debatte gesagt, Thüringen hat bundesweit die höchste Ehrenamtsquote, und das macht sich dann auch bei der Feuerwehr sichtbar: 97 Prozent der aktiven Feuerwehrangehörigen sind Ehrenamtler. Es hätte uns gut zu Gesicht gestanden, hätten wir für sie ein Ehrenamtspaket auf der Grundlage des Staatsziels geschnürt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kommen wir nämlich auch gar nicht in die Verlegenheit, den Vorschlag der SPD mit der Retterprämie vielleicht kritisch zu diskutieren, weil wir dann nämlich die Herausforderung haben, wenn wir diesen Vorschlag teilen, den ich grundsätzlich erst mal gut finde, aber zu kurz gesprungen oder zu kurz gedacht ansehe, nämlich die Retterprämie dort, dann müssten wir nämlich auch noch in dem Bereich für andere Ehrenamtler eine Prämie einführen, dann kommen wir in so eine Konkurrenzsituation. Ich sage: Jeder, der sich fürs Ehrenamt in dieser Gesellschaft engagiert, verdient Unterstützung, und das hätten wir sicherstellen müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich finde Ihren Antrag – Sie haben es ausgesprochen – natürlich in vielen Punkten auch für die Diskussion sehr hilfreich. Er ist vielleicht nicht ganz so der große Wurf, wie Sie versucht haben hier darzustellen. Es sind Vorschläge enthalten, die längst umgesetzt sind, es sind Vorschläge enthalten, die wir im Haushalt auch beschlossen haben, da ist das Ministerium an der Umsetzung. Es sind völlig unkonkrete Vorschläge, die wir dann gemeinsam diskutieren müssen, und Sie lassen aber auch bestimmte Fragen, die wir uns, wenn wir uns wirklich der Zukunft stellen wollen, beantworten müssen, unbeantwortet.

Ich will kurz zu drei Bereichen ausführen:

Frau Marx hat natürlich recht – Frau Marx hat fast immer recht.

(Beifall SPD)

Fast immer, habe ich gesagt. Fast.

(Heiterkeit AfD)

Es geht bei der Feuerwehr nicht um die Diskussion, wer irgendwann was gemacht hat oder wer der Bessere war. Wir werden natürlich immer mal ein bisschen verleitet. Aber, Herr Urbach, wenn Frau Marx recht hat und Sie ihr zustimmen, dann, finde ich, sollten Sie mir zuerkennen oder zugestehen, dass ich Ihre Formulierung „Die personelle und generelle Situation an der Landesfeuerwehrschule entspricht nicht den Erfordernissen. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat diese Entwicklung seit Jahren ausgeblendet oder schöngeredet, statt entschlossen gegenzusteuern.“ wirklich als Frechheit empfinde.

(Beifall DIE LINKE)

Herr Urbach, ich sage Ihnen auch warum. Weil Sie sich hierhingestellt und gesagt haben, wir haben das hier mit Ihnen beschlossen. Die rot-rot-grüne Koalition hat seit 2014 die Personalanzahl an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule um 50 Prozent erhöht. Den wesentlichen Schritt im Haushalt – das war, glaube ich, der Haushalt 2018/2019 –, den haben Sie abgelehnt. 2021 haben Sie einen Änderungsantrag zur Aufstockung des Personalbestandes an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschutzschule eingebracht, von sieben Stellen E9, also Angestelltenstellen. Sie hätten mit Ihrer Initiative die Ausbildungssituation an der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule durch fehlende Ausbilder überhaupt nicht verändert. Sie haben dann in der Tat dem Vorschlag von Rot-Rot-Grün – vier Beamte und drei Angestellte zusätzlich zu schaffen – mit fünf Beamte und vier Angestellte zusätzlich zu schaffen zugestimmt. Das werfe ich Ihnen ja gar nicht vor, weil wir in dieser Diskussion zu dieser gemeinsamen Position gekommen sind. Dann finde ich es aber eine Frechheit – weil Sie wissen, wie sich das in dieser Zeit entwickelt hat –, in diesem Antrag so etwas zu formulieren, weil es den Tatsachen widerspricht. Ich glaube, wenn wir diese Diskussion führen, sollten wir in dieser Frage ehrlich sein und ehrlich miteinander umgehen. Dann kann man sagen, es reicht vielleicht noch nicht aus. Dass es ignoriert worden ist, das stimmt nun wirklich überhaupt nicht. Das finde ich in dieser Form, wie Sie es formuliert haben, sehr frech.

Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen – darüber diskutieren wir, Herr Innenminister, schon seit vielen Jahren –, dass baulich etwas geschehen muss, insbesondere bei den Ausbildungsmöglichkeiten, der technischen Ausstattung und natürlich auch bei der sozialadäquaten Unterbringung für Feuerwehrangehörige. Gestatten Sie mir die kritische Anmerkung: Vielleicht war die Diskussion 2018/2019, was Investitionen anbetraf hinsichtlich eines zweiten Standorts in Thüringen, nicht förderlich, Investitionsvorhaben insgesamt zu beschleunigen. Wir müssen zur Beschleunigung kommen. Sie haben, glaube ich, im Juni im Innenausschuss darüber berichtet, welche Schritte nun gegangen werden müssen. Das sind immer noch nicht befriedigende Zeitabläufe, aber wir müssen sie erst mal zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, gerade bei der Unterbringung gibt es durchaus noch andere Möglichkeiten der Kooperation mit Crossen, mit Bad Köstritz, um dort vielleicht noch freie Wohnungen zu nutzen. Ich glaube, da kann man – auch kurzfristig – zur Verbesserung beitragen. Aber in jedem Fall müssen diese Investitionen kommen. Da sind wir uns alle einig. Jetzt scheint hier tatsächlich ein Zeitplan verabredet, in den Blick genommen worden zu sein. Das ist gut so.

Ich will auf einen zweiten Punkt eingehen, der hier eine Rolle spielt: die Finanzierung der Feuerwehr im Bereich der Gemeinden. Sie haben ihn in Ihrem Antrag die Förderung von Baumaßnahmen zur Löschwasserbevorratung angesprochen. Das ist ein wichtiger Punkt. Wir müssen uns über die Förderhöhen austauschen. Ich bin immer noch dafür, weil ich finde, dass es eine Zumutung für die Gemeinden ist, Herr Innenminister, dass wir über das Abrechnungsmodell von Feuerwehrkosten der Gemeinden reden. Es ist zu kompliziert und es ist eben nicht kostendeckend.

(Beifall CDU)

Wir sollten hier einen Schritt gehen und uns mutig für eine Pauschalerstattung von Feuerwehrkosten aussprechen. Das macht es einfacher, es erhöht den Kostendeckungsgrad und es befreit die Gemeinden von Arbeit, die im Bereich des Brandschutzes durch Feuerwehrangehörige an anderer Stelle geleistet werden muss. Ich glaube, hier sollten wir noch mal in die Diskussion mit den kommunalen Spitzenverbänden

gehen.

Und dann ist da der dritte Bereich, den ich kurz ansprechen will, der auch schon angesprochen worden ist. Das ist der Bereich „Zukunftsfähigkeit/Digitalisierung“. Auf die Feuerwehr-App ist Frau Marx, glaube ich, schon eingegangen. Herr Bergner hat es auch angesprochen. Das wurde im Innenausschuss, glaube ich, im Juni vorgestellt. Das ist der Schritt in die richtige Richtung. Aber Herr Urbach, in anderen Bereichen haben Sie den Blick in die Zukunft vernachlässigt, gerade bei der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule das E-Learning-System. Wir müssen uns aber auch bei der Brandbekämpfung auf neue technologische Entwicklungen einstellen, wo es durchaus noch Nachholbedarf gibt. Da ist nicht nur die Frage der Digitalisierung auf der einen Seite. Neue Antriebstechnologien, neue Energiegewinnungsarten stellen die Feuerwehr vor neue Herausforderungen. Das muss letztendlich auch integriert werden. Was Sie auch nicht benannt haben – aber das ist eine wichtige Aufgabe, die hat das Innenministerium im Blick –,

Vizepräsident Bergner:

Kollege Dittes, Ihre Redezeit.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

sind die Leitstellenstruktur und die Ausstattung der neuen Leitstellen mit moderner Technik. Das ist in Vorbereitung und da haben die Kommunen eine hohe Verantwortung – und die Landkreise in dem Fall –, die gehen das an. Und ich glaube, im Innenausschuss sollten wir uns dazu nicht nur Ihren Antrag gemeinsam anschauen, sondern auch den Forderungskatalog des Thüringer Feuerwehrverbands, und beides gemeinsam diskutiert führt auch zu einem guten Ergebnis. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)